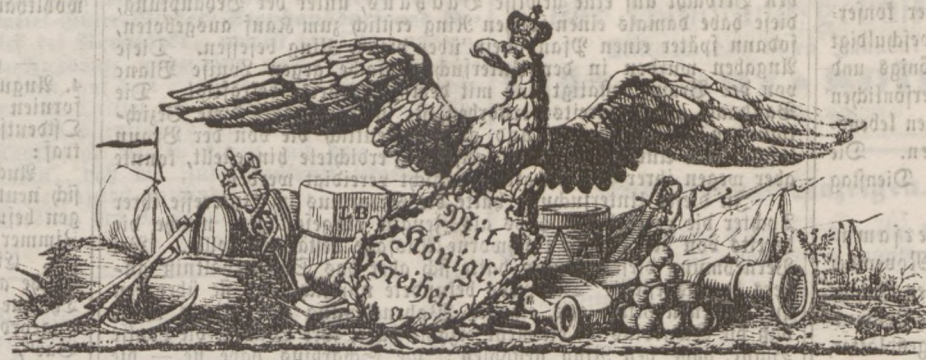


Diese Zeitung erscheint täglich zwei Mal,
Morgens 8 Uhr und Abends 6 Uhr.
Wöchentliches Abonnementpreis für Stettin 1 Thlr. 10 Sgr.,
mit Botenlohn 1 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf.
Für Pomern und das übrige Deutschland 1 Thlr. 11 Sgr. 6 Pf.

Stettiner



Morgen-Ausgabe.

Zeitung.

No. 23.

Dienstag, den 15. Januar.

1856.

Stettin, den 14. Januar.

** Wenn wir heute noch einmal auf ein mehrfach behandeltes Thema zurückkommen, so geschieht es deshalb, weil es in der That für Stettin „brennende Frage“ geworden ist. Der Ausdruck ist so passend, daß er selbst in der wörtlichsten Bedeutung des Beiworts nichts verliert und im Gegentheil nur um so treffender wird.

Eine ständige Feuergefahr, gegen die sie nur unzureichende Mittel aufzubringen hat, ist wohl für eine Stadt eine brennende Frage, die nur mit schleuniger Vorbereitung eines besseren Lösapparats und mit noch schleuniger Herrichtung eines soliden Versicherungswesens gedämpft werden kann.

Man sagt zwar: „Gut Ding will Weile haben“, aber wir sagen: Gut Ding braucht keine Weile zu haben, oder vielmehr soll keine Weile haben, denn uns fällt eine Geschichte ein, die uns bewiesen hat, daß gut Ding, weil es sich Weile nahm, durch eine Schicksalsmalice in das elendliche Gegenheil verwandelt wurde.

Man soll die Thaten seiner Väter ins Gedächtnis graben, auch wenn sie nicht werth waren, daß man sie in Marmor verewigte. Denn, wenn sie uns auch nicht das zeigen, was wir thun sollen, so zeigen sie uns doch das, was wir nicht thun sollen, und das ist am Ende um so besser.

Also mehrere Jahre, nachdem Franklin das Menschengeschlecht mit Erfindung des Blitzableiters beglückt hatte, kam man auch in einer preussischen Stadt auf den klugen Gedanken, einen Blitzableiter zu erbauen, um die schönste Kirche der Stadt gegen Feuergefahr zu schützen.

Der Bau begann, und der Blitzableiter ward von der Spitze bis etwa zur Hälfte des majestätischen Thurmes geführt.

Als man aber so weit gekommen war, da waren die für den Bau ausgelegten Gelder verbaut, und es erhob sich ein Streit, wer die weiteren Kosten für Vollendung des Blitzableiters zu tragen habe.

Man schrieb also hin und her und wie das zu geschehen pflegt, man gelangte nicht zum Ziele; Monate verstrichen, dann und wann mahnte wohl auch ein fernes Gewitter zu größerer Eile.

Aber der Blitzableiter blieb unvollendet.

Da begab es sich denn, daß ein heftiges Wetter von ungefähr über die Stadt zog, und daß der Blitz, von dem Blitzableiter, angezogen den Weg hinab bis zur Kirche fand.

Der Blitz schlug ein, wo der Blitzableiter ein Ende erreichte, und zertrümmerte einen Theil der Kirche.

Nun entstand die Frage: — Herstellen, oder Abreißen? Die Meinungen waren getheilt, aber die Abreißer siegten. Mit vielen Kosten und großer Mühe, mittelst deren die Kirche zweimal hätte hergestellt werden können, ward das felsartige Gemäuer eingerissen und die Kirche zerstört.

Und die Stadt, in der sich das einst zugetragen hat?

Es ist keine andere als Stettin.

Und die Kirche, die durch das Hin- und Herschreiben über einen halbvollendeten Blitzableiter zu Grunde ging?

Es ist keine andere, als die Marienkirche, die alte Leute noch in ihrer Herrlichkeit gesehen haben, wie sie hoch und ehrfurchtgebietend auf dem Platze stand, den jetzt das Gymnasium einnimmt.

Und die Moral dieser Geschichte?

Gut Ding soll nicht Weile haben.

Orientalische Frage.

* So düstert auch bis jetzt noch die Nachrichten über den Inhalt der durch Graf Stadelberg nach Wien überbrachten russischen Gegenvorschläge sind, so läßt sich doch mit einiger Wahrscheinlichkeit schon so viel entnehmen, daß sie sowohl in Wien als mehr noch in Paris und London für ungenügend erachtet werden dürften. Das amtliche österreichische Organ, „die Oesterreichische Correspondenz“, äußert sich in der Nummer vom 13ten d. Mts über dieselben: „Die russische Rückäußerung sei zwar verständig, jedoch ohne die Friedensvorschläge rückhaltlos anzunehmen. Doch seien die Anstände größtentheils nur formeller Art, und darum sei auch die Hoffnung auf Wiederherstellung des Friedens noch immer vorhanden.“ Was zwischen den Zeilen dieser offiziellen österreichischen Äußerung zu lesen ist, spricht die Independance vom 14. Januar in einer ihr von Wien zugegangenen telegraphischen Depesche deutlich aus, obwohl dieselbe, wie es scheint, in der Darstellung der Sachlage zu weit geht. In dieser Depesche heißt es nämlich:

„Nachdem der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Graf Buol Kenntniß von der russischen Rückäußerung genommen hatte, verständigte derselbe den Fürsten Gortschakoff, daß die gesammte österreichische Gesandtschaft Petersburg am 18. Januar verlassen würde.“

So weit, vermuthen wir, sind die Entschlüsse in Wien noch lange nicht gediehen; denn es liegt nicht in der Natur des österreichischen Kabinetts, lähne Entschlüsse so schnell zu fassen, als hier berichtet wird. Zunächst dürfte das russische Altkönig in Abschriften erst noch den Weg nach Paris und London zurücklegen, um dort begutachtet zu werden. Oesterreich dürfte sogar wieder so weit gehen, die Annahme der Gegenvorschläge zu empfehlen, da dieselben, wie die österreichische Correspondenz sagt, ja „größtentheils nur formeller Art seien“.

Wenn alsdann die Westmächte sich entschieden haben werden, die russischen Gegenvorschläge nicht annehmen zu können, dann erst wird Oesterreich vielleicht den lähnen Entschluß fassen, den diplomatischen Verkehr mit Rußland abzubrechen, inzwischen aber allerdings in den Zeitungen mit dem Schwerte schon gewaltig rasseln lassen, ohne doch vorläufig daran zu denken, es aus der Scheide zu ziehen. — „Immer langsam voran“ ist ein altes österreichisches Sprüchwort, dem man dort nicht ohne Noth ungehorsam wird.

Der den russischen Standpunkt vertretende „Nord“ stellt die Antwort als eine möglichst bescheidende dar. Doch geht auch aus dem „Nord“ die nicht zu bezweifelnde Thatfache hervor, daß Rußland schon jetzt einen sehr wesentlichen Theil der Propositionen, die Gebietsabtretung in Bessarabien, abgelehnt hat, und auch im Uebrigen sich nicht zu einer „einfachen und unbedingten Annahme“ verstehen will, sondern mehrfache Modifikationen befürwortet. — Die bezüglich Depesche lautet:

Brüssel, Sonntag, 13. Januar, Abends. Das so eben erschienene Journal „Le Nord“ veröffentlicht die nachstehende Depesche über die russische Antwort auf die Wiener Friedensvorschläge: Rußland nimmt das Prinzip der Vorschläge an. Es schlägt einige unbedeutende Modifikationen vor, verweigert die Territorialabtretung in Bessarabien, willigt aber in einen Austausch der besetzten Gebiete.

Aus Marseille, 12. Januar, Abends, wird die Ankunft des Carmel mit der orientalischen Post telegraphirt. Das Journal de Constantinople vom 3. Januar meldet, daß der Feldzug in Imeretien in Folge der Nothwendigkeit, Erzerum zu decken, definitiv aufgegeben sei. Von Omer Pascha's Truppen ist bereits ein Theil in Trapezunt eingetroffen. Gen. Murawiew hat Verstärkungen aus Sumri berufen und die Stadt Kars besetzt, welche im nächsten Frühjahr zu seiner Operations-Basis dienen soll. Gegenwärtig deckt Schnee die armenischen Hochebenen. — In der Krim sind zahlreiche Kosaken-Embaskaden um die Lager der Verbündeten aufgestellt, doch hat die Wachsamkeit der Truppen bereits wiederholt die Kriegslist des Feindes zu Schanden gemacht. Eine französische Fregatte ist in Folge von Havarie im Marmora-Meere auf den Strand gestraucht, aber durch den Labrador wieder flott gemacht worden. — Der Sultan hat Abd-el-Kader den Palast von Damaskus geschenkt. — Am 1. Januar haben viele Gutsbesitzer in den Donau-Fürstenthümern Hunderte von Leibeigenen freigelassen, ohne Entschädigungsgelder von der Regierung annehmen zu wollen. — In Smyrna wurden am 29. Dezember zwei griechische Banditen hingerichtet; drei andere sollten unverzüglich nachfolgen. — Das offizielle Blatt der persischen Regierung erklärt, daß der Schah bei seiner Neutralität verharren werde.

Bei Sebastopol verunglückte das österreichische Kauffahrtschiff San Luigi, welches eine Ladung Schlachtvieh für französische Rechnung an Bord hatte. Die Aussen beschossen es noch den ganzen Tag, nachdem der Kapitän und die Mannschaft es bereits verlassen hatten, und steckten es in Brand. An Bord befanden sich 100 Ochsen und 200 Schafe.

Aus Berlin, 8. Januar, wird dem Morning Herald gemeldet: „Die Russen machen große Anstrengungen, die Bewohner des Kaukasus durch Geld-Ausbeutungen und durch Einwirkungen auf die religiösen Gefühle der kaukasischen Christen für sich zu gewinnen. Dem Vernehmen nach ist die Neutralität Schamyl's der im vorigen Jahre erfolgten Freilassung seines Sohnes zu verdanken.“

Aus Trapezunt, 21. Decbr., wird geschrieben: „Mehrere englische und türkische Dampfer haben uns in den letzten Tagen 5- bis 6000 Mann ägyptischer Truppen gebracht, die theils nach Erzerum abgehen, theils hier überwintern werden. Man spricht von 20- bis 30,000 Mann, die hier konzentriert werden sollen.“

Dem in Turin erscheinenden „Piemonte“ zufolge beläuft sich die Zahl der sardinischen Kriegsschiffe, welche im schwarzen Meere mit den Flotten der Westmächte kooperieren sollen, auf 3 Dampffregatten, 8 kleinere Dampfer, 3 Segelfregatten, 1 Brigg, 1 Korvette und 1 Brigantine.

Aus Riga vom 6. Januar wird dem „Nord“ geschrieben: „Die Otfsee-Armee, deren Effectiv-Bestand im vorigen Frühjahr schon auf 80,000 Combattanten gebracht worden, erhält dem Vernehmen nach noch vor Ablauf des Winters weitere 10,000 Mann, so daß sie 100,000 Soldaten der drei Waffengattungen zählen wird. Unsere Festungswerke in Dünamünde, Riga, Reval und alle diejenigen, welche an den Küsten des Meerbusens stufelförmig aufgestellt und dem feindlichen Feuer am meisten aus-

gesetzt sind, erhalten vor Eröffnung des Frühlings-Feldzuges eine bedeutende Vermehrung an Kriegsmaterial. In Petersburg wurde auch die Errichtung neuer Geschütz-Batterien an den Hasen-Eingängen beschlossen; dieselben sollen mit neuen Kanonen von bedeutender Tragweite versehen werden, damit sie mit Erfolg gegen die Kanonen der feindlichen Kriegsschiffe schießen können. Endlich wird uns die feindliche Armee auch vorbereitet finden, sie festen Fußes zu empfangen, falls sie einen Landungs-Versuch an den Küsten des finnischen Meerbusens wagen sollte.“

Deutschland.

§§ Berlin, 14. Januar. Das Herrenhaus hielt heute Morgen um 11 Uhr eine Sitzung zur Wahl des Präsidenten. Es waren 130 Stimmen abgegeben. Stimmen erhielten: Der Graf Eberhard zu Stolberg-Bernigerode 56, der Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen 56, der Herzog von Ratibor 6, der Graf zu Arnim 2. Der Prinz von Hohenlohe-Ingelfingen ist somit zum Präsidenten gewählt. Er übernimmt sein Amt mit folgenden Worten: Meine Herren! Obgleich ich viele und kräftigere Mitglieder in dieser Versammlung kenne, welche sich für diesen Klage eignen, obgleich viele unter Ihnen sind, welche sich durch mehrere Jahre des parlamentarischen Lebens überzeugt haben müssen, daß mir eine Rednergabe nicht eigen ist, haben Sie mich dennoch gewählt. Ich muß es daher anerkennen und Ihnen meinen Dank aussprechen und mich verpflichtet halten, Ihre Wahl anzunehmen. Ich richte an Sie die Bitte, mich nach Kräften zu unterstützen. Meine Herren! Wir haben doch gewiß nur dasselbe Ziel im Auge, das Ziel, die Regierung eines geliebten Königs so segensreich wie möglich für das Land zu machen und den unermesslichen Druck, welchen so viele Lasten mit sich bringen, zu verringern, und so wollen wir Gottes Hilfe für König und Vaterland anrufen und unsere Arbeit beginnen.

Das Haus erledigt die Anträge auf Abänderung der Geschäfts-Ordnung. Die Aufhebung des Art. 88 der Verfassung wird nach dem Kommissionsantrage, den ich Ihnen am Sonntage mittheilte, angenommen. Die Sitzung schließt um 3 Uhr, die nächste findet Mittwoch den 16. d. M. 12 Uhr statt.

Das Haus der Abgeordneten hielt heute Morgen eine Sitzung; dieselbe wurde durch den Präsidenten Grafen zu Eulenburg um 12 1/2 Uhr eröffnet.

Den ersten Gegenstand der Tages-Ordnung bildete die Prüfung mehrerer Wahlen. Die des Abgeordneten von Gräwenitz (Elbing) im Marienburger Kreise (1. Danziger Wahlbezirk) wird von der Abtheilung bestätigt. — Schließlich wird die Wahl auch von dem Hause für gültig erklärt.

Der Finanz-Minister bringt eine Vorlage, betreffend die Weitererhebung des Zuschlages zur klassifizierten Einkommensteuer und zur Mahl- und Schlachtsteuer nebst einer Denkschrift ein. Die Vorlage geht an die Finanz-Kommission. Ferner in seinem und des Justizministers Namen einen Entwurf, betreffend die exekutive Eintreibung der direkten und indirekten Steuern in Neuvorpommern und Rügen, welcher der Justiz-Kommission überwiesen wird.

Es folgt der von Herrn Ulrich verfaßte Bericht der Gemeinde-Kommission über die lebenslängliche Berufung der Bürgermeister und Magistratsbeamten, dessen Einzelheiten und Motive ich Ihnen bereits mitgetheilt. In der Plenarsitzung nimmt zunächst Herr Lette das Wort gegen die Vorlage. Er bekämpft die Bedürfnisfrage. Wenn Konflikte vermieden werden sollen, so scheine ihm, daß dieselben gerade durch die Länge der Amtsdauer wachsen würden. Er wünsche als Bürgschaft für einen auf Lebenszeit gewählten Bürgermeister wie für die übrigen Staatsbeamten eine Prüfung und längere Vorbereitungszeit, wie sie das Gesetz nicht verordnet. Eine Gefahr entstehe bei der Berufung durch die Rücksicht auf die politische Gesinnung Seitens der Regierung, denn es sei bei uns leider schon so weit gekommen, daß man sich wegen Wahrung und Festhaltung der Verfassung Klagen zugehen könne, andererseits gäbe er zu bedenken, daß jedenfalls das Konzeptionswesen der Gewerbe einer gründlichen Revision unterworfen werden müsse, da die Bürgermeister so tief in die Polizei-Verwaltung eingriffen. Der einzige Vortheil der Vorlage bestehe darin, daß die Selbstständigkeit der Bürgermeister, welche in das Herrenhaus berufen sind, gesichert würde. Herr v. Gerlach bemerkt, daß man sich nur Klagen aussehe, wenn man den Verbesserungen der Verfassung, mit deren Vorbehalt der König den Eid auf diese geleistet, entgegenstrebe. Der Regierungs-Kommissar Geh. Rath v. Rätzow befragt die Vorlage. Hr. Behrend (Danzig) nimmt, wie er sagt, beauftragt von dem Magistrat und den Stadtverordneten seiner Vaterstadt, in sehr scharfen Zügen das Wort gegen die Vorlage, welche den Städten den letzten Rest der freigegebenen Gesetzgebung des Jahres 1808 raube. Hr. Wagener (Neustettin): Der Unterschied der Auffassung beruhe darin, daß die Linke wünsche, die öffentliche Meinung solle regieren, und die Rechte, daß die öffentliche Meinung registriert werde. Es gäbe jedenfalls Städte, welche die Vorlage willkommen hießen, wenn auch und dem hintersten Theil von Hinterpommern (Gelächter links).

